

Digitales Brandenburg

hosted by Universitätsbibliothek Potsdam

Der Anteil der Jesuiten an der Preußischen Krone von 1701

Thoemes, Nikolaus

Berlin, 1892

VIII. Friedrich III. Unterhandlungen mit dem Kaiserhof vor dem Eingreifen
des P. Wolff. 1694 - 1700.

urn:nbn:de:kobv:517-vlib-435

Wir überlassen es dem Leser, Vermutungen über den Gang der Geschichte anzustellen für den Fall, daß Friedrichs Wunsch in Erfüllung gegangen wäre, und P. Bota als Kardinal die Verhandlungen mit demselben hätte persönlich weiterführen dürfen. Allein dies ist vereitelt worden und zwar durch das Eingreifen des damaligen Bischofs Zaluski von Ermland, eines sonst so gefeierten Staatsmannes. Zaluski veranlaßte die Abberufung und Rückkehr des P. Bota vom Berliner an den Warschauer Hof. Zaluski aber sah sich bald sehr enttäuscht. Der Kurfürst war über die Abberufung seines Freundes P. Bota sehr entrüstet und führte sie auf Ränke gegen seine Interessen zurück. Zaluski war allerdings nicht der geeignete Mann für Unterhandlungen am Berliner Hofe, welcher Natur sie auch sein mochten, da er sich stets als heimlicher Gegner der Interessen des Kurfürsten gezeigt hatte. Seine Erwartung, mit dem Kurfürsten in der gegenüber dem P. Bota begonnenen vertraulichen Art weiter zu verhandeln, wurde ganz und gar vereitelt. P. Bota hat Zaluskis Vorgehen unendlich beklagt und vielleicht nicht mit Unrecht den Vorwurf erhoben, letzterer habe dort ernten wollen, wo andere gesät. (Vergl. Theiner: Herzogs Albrecht Rückkehr Spedizione nona S. 98.) Der dem Kurfürsten so ergebene Freund in der Gesellschaft Jesu aber ließ sich in der Anhänglichkeit an die Hohenzollern und im Eifer für deren Königtum durch nichts, auch nicht durch Vereitelung der in ihm erweckten Hoffnungen auf eine Aufhebung der großen Spaltung der Christenheit erschüttern, wie wir weiter sehen werden.

VIII.

Friedrich III. Unterhandlungen mit dem Kaiserhof vor dem Eingreifen des P. Wolff. 1694—1700.

„Noch in den letzten Stunden seiner Abreise (von Berlin) habe er (v. Bartholdi) hören müssen, daß man ihn, als den Anstifter dieser Projekte, die in ein Labyrinth von Gefahren verwickeln, verantwortlich mache; zwei Jahre lang habe er Se. Kurfürstl. Durchlaucht Befehle gehabt und nichts übereilt. Der Kurfürst könne auch jetzt noch die Sache aufgeben ohne irgend eine Unannehmlichkeit.“
(Aus von Bartholdis Bericht aus Wien. d. d. 20. Januar 1700. Bei Droysen: „Friedrich I.“ S. 217.)

Den diplomatischen Unterbau der Thätigkeit des Jesuiten P. Wolff zu Wien für das Königtum der Hohenzollern bilden folgende Thatfachen. Es ist bereits erwähnt, daß einer der kurfürstlichen Räte seine Meinung dahin abgegeben, es sei „eine pure lautere Unmöglichkeit, die königliche Würde beim Kaiserhof suchen zu lassen.“ Das war in der ersten Hälfte der Neunziger.

Allein Friedrichs III. Wille bestimmte trotz des fast einstimmigen Gegenrates auch der übrigen Räte seinen Kurs in der Richtung auf die blinkende Krone. Bei einer der vielfachen Streitigkeiten über das Hofceremoniell warf sein Minister Eduard von Dankelmann gesprächsweise dem österreichischen Gesandten Baron von Friedrich die Aeußerung hin, „den Kurfürsten stände von Alters her königliche Würdigkeit zu; aller weiteren Streitigkeit könne man durch Erhöhung Preußens zur königlichen Würde ein Ende machen.“ Der Kurfürst selbst enthüllte seinem Wiener Gesandten Nikolaus von Dankelmann bei einer persönlichen Zusammenkunft in Karlsbad um jene Zeit seinen Plan, „sich zur königlichen Würde zu erheben und sie auf sein souveränes Herzogtum Preußen zu gründen.“ Demgemäß wies Friedrich diesen auch an, in Wien Vorbesprechungen in jener Richtung zu suchen. Allein es kam nichts weiter dabei heraus. Im Vertrag vom 20. Dezember 1694 wegen Schwiebus erhielt der Kurfürst statt der erhofften Krone die verblüimte Zurückweisung, man wolle ihn „in allen ihm nach der goldenen Bulle zustehenden Rechten und Vorzügen erhalten und keinem Fürsten oder Republik einen Vorzug (vor ihm) gewähren.“

In der Folge verschlimmerte sich Friedrichs Verhältnis zum Kaiser und es kam im Frühling 1697 sogar zur Ausweisung seines eben genannten Gesandten Nikolaus v. Dankelmann. Das war ein harter Schlag für Friedrichs Absichten auf das Königtum, das ohne den Kaiser kaum zu erlangen war. Im Jahre 1698 wurde ein besonders gewandter Agent Christian Friedrich v. Bartholdi nach Wien gesandt, welcher seine Creditive wieder anzubringen suchen sollte. Vermutlich hat auch hierbei P. Wolff seinen Einfluß zu Gunsten Friedrichs geltend gemacht, denn des letzteren Worte im Brief vom 3. Februar 1700 bezeugen ausdrücklich „verschiedene Proben seiner vor Mich habenden guten Intention;“ bis dahin aber wäre außer der Vermittelung des P. Wolff in der Schwiebuser Angelegenheit sonst nichts anzuführen. Jedenfalls aber spielte P. Wolff in der Vorausberechnung der Möglichkeiten von vornherein für das Berliner Kabinett seine Rolle. Denn in der Geheimschrift, womit in den Depeschen die wichtigsten Namen und Begriffe bezeichnet werden sollten, hatte man auch für ihn die Ziffer vereinbart und zwar unmittelbar nach dem Wiener Gesandten selbst: 160 für Bartholdi, 161 für P. Wolff.

Es gelang Herrn v. Bartholdi, seine Creditive am Kaiserhof, wenn auch äußerlich unter dem Schein anderer Absichten, als auf Verhandlungen über die Rangerhöhung seines Herrn, anzubringen. Seine bezüglichen Weisungen waren ganz geheim und nur mündlich. Aber erst im Sommer 1699 glaubte er „wegen der königlichen Dignität etwas wagen zu können.“ Eine Unterredung mit dem Reichsvizekanzler Graf Kaunitz machte ihm wirklich weitere Hoffnungen. Kaunitz war der Meinung, man müsse dem Kaiser die Wahl lassen zwischen Ernennung durch ein kaiserliches Diplom oder Anerkennung der von Friedrich III. anzunehmenden Krone. Im Herbst 1699 weilte v. Bartholdi in Berlin zu weiterer Beratung und Instruktion. Einen Begriff der Stimmung in brandenburgischen

Hofreisen giebt sein Brief vom 20/10. Januar 1700, den er nach seiner Rückkehr nach Wien an Friedrich III. schrieb: „Noch in den letzten Stunden vor seiner Abreise habe er hören müssen, daß man ihn als den Anstifter dieses Projektes, das in ein Labyrinth von Gefahren verwickelt, verantwortlich mache; zwei Jahre lang habe er Sr. Kurfürstl. Durchlaucht Befehle gehabt und nichts übereilt, der Kurfürst könne auch jetzt noch die Sache aufgeben ohne irgend eine Unannehmlichkeit.“

Allein von Berlin kam kein Gegenbefehl zu v. Bartholdis Händen: er verfuhr also nach seiner Weisung. Er beriet mit Kauniz aufs Neue d. d. 23. I. 2. II., 1700 wie man die Sache am besten einzuleiten habe. Kauniz erklärte, „trotz eines mehrmaligen Nachsinnens nicht den richtigen Weg zu sehen, die Sache unmittelbar in direkt diplomatischer Verhandlung aufs Tapet zu bringen. Denn wenn der Kaiser dann davon abriete, dann könne der Kurfürst keinen weitem Schritt mehr zur Verwirklichung seines Strebens thun; zudem könne der Kurfürst auch beim Kaiser Anstoß erregen, wenn er diesen nicht vorher sondieren lasse. Es sei daher ein Mittel zu finden, den Kurfürsten vor dieser Klippe zu bewahren. Das beste wäre, wenn letzterer durch Bartholdi unmittelbar dem Kaiser seine Eröffnungen und Vorstellungen machen ließe“.

Mit dem Schreiben, worin v. Bartholdis am 3. Februar 1700 dem Kurfürsten diese Unterredung mit Kauniz mitteilte, ereignete sich ein merkwürdiger Zufall. In demselben waren die vorzüglichsten Namen und Begriffe mit dem obenerwähnten Zahlenalphabet bezeichnet: 100 = Kurfürst, 110 = Kaiser, 129 = König von Polen, 145 = Kauniz, 160 = Bartholdi, 161 = P. Wolff, u. s. w. Friedrich III. empfing und entzifferte das Schreiben selbst und las an der betreffenden Stelle statt des von v. Bartholdi beabsichtigten 160 (= v. Bartholdi) 161 = P. Wolff.* Die Schriftzüge der Entzifferung im kgl. Staatsarchive lassen keinen Zweifel darüber, daß Friedrich III. selbst sie vorgenommen hat. („Publikationen“ S. 373.) Der oben angeführte Satz lautete daher nach der Auffassung Friedrichs: „Das Beste wäre, wenn letzterer durch P. Wolff unmittelbar dem Kaiser seine Vorstellungen machen ließe.“**)

*) Nikolai macht die Bemerkung: „An der 0 (in 160) war zufällig oben links der Anfang des Strichs etwas höher geraten, wie es oft in geschwindem Schreiben geschieht“. (Neue Berliner Monatschrift. 1799. 2. S. 338.) Wie es sich damit verhält, steht dahin. Jedenfalls aber paßte der Name des P. Wolff sachlich ebenso gut und sogar besser in den Gegankengang, als derjenige v. Bartholdis.

***) Vergl. das Schreiben v. Bartholdis im Original (frz.) bei Droysen: „Zur Geschichte Friedrich I. und Friedrich Wilhelm I.“ S. 235 ff. Ueber die Verhandlungen v. Bartholdis siehe: „Droysen, Friedrich I. König von Preußen“.